

DZW-Gespräch mit VDZI-Präsident:
„ZE sollte im GKV-Leistungskatalog bleiben“ 3/4

Scharfe Kritik an Rürup-Kommission:
Kanzler für Trennung von PKV und GKV 5

Bayerische Zahnärzte nutzen aktuelle Qualitätsstandards:
GOZ-Faktor 2,3 ist nicht mehr ausreichend 5

Praxis aktuell

Der Praxis-Tipp von Dan Fischer, DDS (6):
Gute Verbindungen sind wertvoll 16

In dieser Woche mit **DZW-ZahnTechnik 4/03**
»IDS-Nachlese«

Dr. V. Scholz zum OHManagement in der Zahnarztpraxis (7):
Professionelle Kariesprävention für Mutter und Kind von Anfang an 17/18

Dr. M. Kruse, Norderstedt, über die Lösung eines speziellen Falls:
Metallanalytik zur Allergendetektion 19

Tuberkuloseinfektion Risiko für Beschäftigte im Gesundheitswesen:
Ansteckungsgefahr durch Patienten 32

IDS-Neuheiten 6-13

Sonderteil Seminare und Fortbildung 26-30

„Datentransparenz in der GKV“ ist Rasterfahndung

Zu den von der Bundesregierung verfolgten Zielen für mehr „Datentransparenz im Gesundheitswesen“ stellt die **Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV)** fest, dass damit lediglich Möglichkeiten zur Rasterfahndung geschaffen beziehungsweise verbessert werden sollen.

Die KZBV hat bereits bei verschiedenen Vorentwürfen eines „Datentransparenzgesetzes“ darauf hingewiesen, dass zu Zwecken der verbesserten Informationsprozesse, zur Planung von Leistungsressourcen oder zu allgemeinen Analysen des Versorgungsgeschehens die Auswertung personenbezogener Daten in keinem Falle erforderlich ist. Derartige Informationen sind bereits in der Vergangenheit auf der Grundlage allgemeiner statistischer Erhebungen beziehungsweise von Stichprobenerhebungen gewonnen worden.

Datenerhebungen zum Zwecke der Entwicklung und Steuerung sektorübergreifender Versorgungsmodelle, Arzneimittelversorgung oder Krankenschreibungen spielen in der Zahnmedizin eine völlig unbedeutende Rolle. Diese Sondersituation, die zum Beispiel vom „Runden Tisch im Gesundheitswesen“ bestätigt wurde, rechtfertigt keinesfalls diese beabsichtigten gigantischen Datenerhebungen, so die KZBV.

Der Entwurf eines Gesundheitssystemmodernisierungsge-

setzes verdeutlicht einmal mehr, so die KZBV, dass weiterhin das Ziel verfolgt wird, personenbeziehbar sämtliche Gesundheitsdaten nahezu der gesamten Wohnbevölkerung der Bundesrepublik zentral zu erfassen und zur Auswertung bereitzustellen. Dafür wird eine generelle, nach standardisierten Verfahren erfolgende Datenübermittlung auf Datenträgern vorgesehen. Zudem sollen die Daten nach einheitlichen, verbindlichen Prüfkatalogen via Computer geprüft werden und die Einhaltung der Bestimmungen durch „wirkungsvolle Sanktionsmechanismen“ gewährleistet werden. Hierfür sollen eine Vielzahl einheitlicher Verfahren sowie neuer, öffentlich-rechtlicher Körperschaften gebildet werden, die im Wesentlichen eine pseudonymisierte Übermittlung der Daten sicherstellen sollen. Ausdrückliches Ziel dieses aufwendigen Verfahrens ist es, für spätere Auswertungen stets eine Repersonalisierung der Datenstrukturen vornehmen zu können. Es ist für die KZBV in keiner Weise ersichtlich, für welche kon-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Auch tiefe Einschnitte Leistungsrecht angel

Um die „schmerzhaften Einschnitte“ zur vorgesehenen Beitragssenkung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von 14,4 auf 13 Prozent in der SPD-Bundestagsfraktion durchsetzen zu können, hat Sozial- und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in ihrem Gesetzentwurf eine Reihe von weiteren Belastungen für die Leistungserbringer vorgesehen. Einzelverträge, Entmachtung der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen), Datenaustausch der Kassen etc. sollen die Wirtschaftlichkeit erhöhen.

Nach Vorlage der Vorschläge der Rürup-Kommission, besonders zu neuen Formen der Beitragsfinanzierung, aber auch zur schrittweisen Ausgliederung des Zahnersatzes aus der GKV, will Schmidt bis Mitte Mai den endgültigen Gesetzentwurf vorlegen.

Beifall für schärfere Kontrollen

Das Krankentagegeld soll aus der paritätischen Finanzierung genommen, aber in der GKV weiter versichert werden. Das spart 0,4 Prozentpunkte Pflichtbeitrag. Die lange diskutierte Ausgliederung privater Unfälle ist wieder fallen gelassen worden, die Ausgrenzung von Zahnersatz wurde vorerst verschoben. Hier rechnet man in der SPD-Fraktion fest mit Forderungen aus der Rürup-Kommission – dort wird Zahnersatz keine „zentrale Bedeutung für die Lebenserwartungsstei-

gerung“ zugemessen –, und aus der CDU/CSU-Opposition, gegen die man sich „nicht allzu sehr wehren wird“, so der SPD-Gesundheitsexperte Eike Hovermann.

Jeder Versicherte soll künftig einen Euro Rezeptgebühr bezahlen. Wer ohne Überweisung einen Facharzt aufsucht – Hausarztmodell –, muss mit einem Selbstbehalt bis zu 2 Prozent rechnen. Ein neues Zentrum für „Qualität in der Medizin“ soll Patienten und Ärzte über nicht sinnvolle Therapien informieren und die Preispolitik der Pharmabranche kontrollieren.

Für diesen Teil der Eingriffe gab es in der SPD-Fraktion verhaltenen Zustimmung mit tiefen Bauchschmerzen, besonders bei der Fraktionslinken. Beifall der Fraktion bekam Schmidt für ihre Vorschläge zu Eingriffen in das Leistungsrecht von Ärzten und Zahnärzten und zur Verschärfung von

Skandal um ZE-Abrechnung – Staatsanwaltschaft legt erste Zahlen vor:

Bundesweit 450 Zahnärzte betroffen

Bundesweit 450 Zahnärzte sind nach Angaben der ermittelnden Staatsanwaltschaft Wuppertal in den Skandal um die Falschabrechnung von Zahnersatz aus dem Ausland verwickelt. Das teilte der Sprecher der Wuppertaler Staatsanwaltschaft, Alfons Grevenner, am vergangenen Sonntag der Presse mit.

Diese Zahnärzte müssten sich demnächst wegen Betrugs zu Lasten der Krankenkassen verantworten. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hätten die Zahnärzte nach derzeitigem Stand der Ermittlungen illegal insgesamt 5,5 Millionen Euro kassiert. Derzeit würden von den Ermittlern 100.000 Rechnungen ausgewertet und versucht, sie den Zahnärzten zuzu-

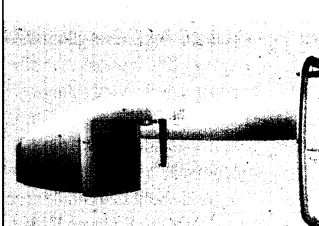
ordnen. Dazu müsse man eine eigene Software entwickeln lassen. Die Ermittlungen würden noch das Jahr andauern.

Aufgeflogen war der Skandal, in dessen Mittelpunkt die Mühlheimer Firma Globudent steht, Ende vergangenen Jahres durch Berichte des ZDF-Fernsehmagazins *Frontal 21*. Das Unternehmen hatte jahrelang Zahnersatz

günstig in China fertigen lassen und in Deutschland zum Höchstpreis abgerechnet. Einen Teil der „gewaltigen Gewinnspanne“, so die Staatsanwälte, hätten die Manager schwarz einem Teil ihrer Kunden zukommen lassen. Die Geschäftsführer und Manager des inzwischen aufgelösten Unternehmens hätten bereits Geständnisse abgelegt. Bei ihnen waren unter anderem eine Million Euro Bargeld, Immobilien und Luxuswagen sowie Geld auf verschiedenen Konten im In- und Ausland beschlagnahmt worden. Ihnen wird banden- und gewerbsmäßiger Betrug vorgeworfen. ■

DAS IDS-HIGHLIGHT 2003:

DAS NEUE TROP



One-Shot-Technologie

CEPH-Aufnahmen in Sekundenschnelle.

ONE SH T Auslösen – ansehen.

www.trophy-digital.de • info@

Handwritten: Zs. A 4629 IX ZB MED 15

Exklusiv bei **Gmds** www.gmds-dental.de
Medical & Dental Service GmbH
 56203 Höhr-Grenzhausen
 Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0
 Fax: 0 26 24 - 94 99 29